

Lockere Bestimmung

Bei der geplanten Verschärfung der Exportbeschränkungen für Waffenlieferungen werden die Mitarbeiter des Bonner Wirtschaftsministers Jürgen Möllemann (FDP) einige Genehmigungsbestimmungen ändern müssen, die sie gerade erst in Kraft gesetzt haben: In der letzten Novellierung der für Atomexporte gültigen Klausel war Möllemanns Vorgänger Helmut Haussmann nämlich im vergangenen November ein schwerer Fehler unterlaufen. Mitten in der Golfkrise hatten die Beamten die Liste nicht, wie bekundet, restriktiver gefaßt, sondern sie nachgerade liberalisiert. So sind in der neuen Fassung (*Bundesanzeiger* vom 15. Dezember 1990) beispielsweise Spezialstahl sowie notwendige Zube-

hörteile für den Bau von Uranzentrifugen, wie etwa die Gas-Ein- und Ausspeisesysteme, nicht mehr aufgeführt – sie gelten damit automatisch als genehmigungsfrei. Solche Gerätschaften sind in Pakistan oder im Irak seit Jahren heißbegehrt, denn mit den Zentrifugen läßt sich der Bombenstoff Uran 238 herstellen.

Zielgruppe verfehlt

Der Bundesrechnungshof kritisiert die Finanzpraxis der renommierten Deutschen Atlantischen Gesellschaft und der Gesellschaft für Wehrkunde. Darin haben sich Politiker und Fachleute zusammengeschlossen, um die Öffentlichkeit über die Verteidigungspolitik zu informieren. Die Vereinigungen erhalten je eine halbe Million als „institutionelle Förderung“ vom Bundespresseamt. Der Rechnungshof rügt, die Atlantik-Gesellschaft bediene „namentlich bekannte Interessenten“, denen die Ziele der Nato bereits vertraut sind. Außenstehende und Jugendliche würden nicht erreicht. 51 Prozent ihrer Mittel verwende die Gesellschaft für ihre „allgemeine Verwaltung“. Pikiert notierten die Rechnungsprüfer, daß 20 Prozent der Mittel

für „die Bewirtung von Veranstaltungsteilnehmern“ draufgegangen seien. Der Gesellschaft für Wehrkunde halten die Prüfer vor, fast die Hälfte ihrer geförderten Veranstaltungen hätten „thematisch die Zielsetzung einer verteidigungs- und sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit verfehlt“.

Pläne nach Bagdad

In der Firma Anlagen Bau Contor in Stutensee-Blankenloch hat die Karlsruher Staatsanwaltschaft offenbar einen wichtigen Helfer Saddam Husseins ausgemacht. Das Unternehmen des Fachingenieurs Holger Beaujean hat für den Irak eine komplette Testanlage für Raketentriebwerke entwickelt. Dabei handelt es sich um eine Mischanlage für diverse Flüssigkeiten, darunter rotrauchende Salpetersäure, Kerosin und UDMH (unsymmetrisches Dimethylhydrazin). UDMH wird nach Expertenmeinung vornehmlich für Raketentreibstoff gebraucht. Das Projekt war von der Liechtensteiner Briefkastenfirma Transmerkur bestellt worden. Hinter Transmerkur verbergen sich Iraker. Die Anlage, Lieferpreis 1,848 Millionen Mark, tarnten die Geschäftspartner als „komplette Mischstation“ für die „petrochemische Industrie“. Auf den Plänen fanden die Ermittler auch die Lehrbuchformel des Scud-Treib-



Haussmann, Möllemann

Anschlag aufgeklärt

Fast acht Jahre nach dem Sprengstoff-Anschlag auf das französische Begegnungszentrum „Maison de France“ in West-Berlin kennen die Sicherheitsbehörden nun den Namen des Haupttäters: Die Bombe, die einen Toten und 23 Verletzte forderte, hatte der Libanese Mustafa Ahmed el-Sibai, 38, gelegt, der im Auftrag der armenischen Terrorgruppe „Asala“ handelte. Unterstützt wurde Sibai von Führungskräften einer weiteren armenischen Gruppe namens „Separat“. Der eine reiste mit jemenitischem Diplomatenpaß (Nummer 002775) auf den Namen Ahmed Saleh Obadi über Ost-Berlin an. Der andere besaß einen syrischen Diplomatenpaß (Nummer 001573) auf den Namen Joseph Leon. In seinem vor Grenzkontrollen geschützten Gepäck schleuste Leon 24 Kilogramm Sprengstoff in die Stadt. Als Asala-Unterstützer mit Geld, Dokumenten und Waffen soll der Sekretär der syrischen Botschaft in Ost-Berlin, Nabil Shrita, fungiert haben. Die Hintergründe des Terroranschlags auf das Begegnungszentrum fischten die West-Berliner Staatsschützer aus der Konkursmasse des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das eng mit arabischen Terroristen paktierte (siehe Seite 34). Unter den Augen der Stasi war das Attentat monatelang vorbereitet worden. MfS-Chef Erich Mielke gab seiner Truppe lediglich Befehl, die Täter zu beobachten und, so notierte er handschriftlich in den Akten, auf die Gruppe „soweit möglich politisch einzuwirken“. Nach dem Attentat ließ das MfS die Terrorgruppe unbehelligt abreisen: nach Budapest, Damaskus und Belgrad.



Anschlag auf das „Maison de France“ (1983)